Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/1217

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 74. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 8. Mai 1963

75. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 9. Mai 1963

76. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 10. Mai 1963

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramts

I. 1. Abgeordneter **Ritzel**

Wie viele Gruppen aus der Bundesrepublik haben im Jahre 1962 auf Kosten des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung die Einrichtungen der NATO in Paris besucht?

I. 2. Abgeordneter **Ritzel**

Wie groß ist die Zahl der Besuchergruppen im Jahre 1962 gewesen, die auf Einladung oder auf Kosten des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung den Deutschen Bundestag, das Bundespresse- und Informationsamt oder andere Bundeseinrichtungen besucht haben?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

II. 1. Abgeordneter **Weigl**

Ist die Bundesregierung bereit darauf hinzuwirken, daß in diesem Jahr die Landwirtschaftsämter bedeutend früher die neuen Richtlinien des „Grünen Planes" erhalten, nachdem die Richtlinien für 1962 den Landwirtschaftsämtern zum Teil erst im August des vergangenen Jahres zu Verfügung gestanden haben?

II. 2. Abgeordneter **Ertl**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in zahlreichen landschaftlich besonders reizvollen Feriengebieten der Bundesrepublik in zunehmendem Maße bäuerliche Familienbetriebe zu reinen Spekulationspreisen aufgekauft werden, die einerseits die Bodenpreise in diesen Gegenden unverantwortlich in die Höhe treiben und andererseits zu einer beunruhigenden Reduzierung der für die Landwirtschaft und den Fremdenverkehr notwendigen Existenzgrundlage führen?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 **Buisdorf/Siegburg**
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 **Bad Godesberg**,
Postfach 821, Goethestraße 54, **Tel. 63551**

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

III. 1. Abgeordneter **Fritsch** *)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß eine zu Unrecht gewährte Waisenrente nach § 45 BVG im Vollstreckungswege von der volljährig gewordenen Waise zurückgefordert wird, obwohl diese Rentenbezüge von der Kindsmutter beantragt und von dieser zum Lebensunterhalt der Waise verwendet wurden?

III. 2. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Wann kann endgültig mit der Herausgabe der mehrfach angekündigten Richtlinien über die Gewährung von Härteausgleich (gemäß § 89 Abs. 2 BVG) bei Krebsfällen gerechnet werden?

IV. Gechäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

IV. 1. Abgeordneter **Dr. Supf**

Ist die Bundesregierung bereit, nach dem Feldwebel Erich Boldt, dessen Opfertodes der Deutsche Bundestag in seiner Sitzung am 6. Dezember 1961 gedacht hat, eine Kaserne in seiner Heimat oder in Garnisonstädten, in denen er als Soldat Dienst getan hat, zu benennen?

IV. 2. Abgeordneter **Dröscher**

Wann wird die Bundesregierung die einigen Garnison-Gemeinden gegebenen Zusagen, sich an den notwendig gewordenen Schulbauten finanziell zu beteiligen, einlösen und damit die durch Vorfinanzierung kritisch gewordene Finanzlage dieser Gemeinden — wie z.B. der Stadt Birkenfeld — erleichtern?

V. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Ist die Bundesregierung bereit, zur restlosen Beseitigung der Bunkerruinen des früheren Westwalls im Rheintal ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen?

VI. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VI. 1. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Öffentlichkeit Ostfrankreichs, vor allem in den elsässischen Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin, die Auffassung vertreten wird, daß der Sitz des zuständigen deutschen Generalkonsulats in Nancy für das Elsaß denkbar ungünstig gelegen sei?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VI. 2. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**
Ist die Bundesregierung bereit, den in Straßburg gemachten und in Zeitungen des deutschen und französischen Grenzgebiets unterstützten Vorschlag zu prüfen, den Zuständigkeitsbereich des Konsulats Nancy zu teilen und in Straßburg ein Konsulat einzurichten, zumal sich in Straßburg der wichtigste deutsch-französische Grenzübergang befindet?

VI. 3. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**
Unter Bezugnahme auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage betreffend Ratifizierung von Abkommen des Europarates — Drucksachen IV/989, IV/1049 — bitte ich die Bundesregierung noch einmal um Auskunft, bis wann mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Anerkennung von akademischen Graden zu rechnen ist?

VI. 4. Abgeordneter **Rademacher**
Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Staaten, die nicht dem Ostblock angehören, zur Zeit gegenseitige konsularische Vertretungen mit der sowjetisch besetzten Zone unterhalten und welche einseitigen Vertretungen darüber hinaus bestehen?

VI. 5. Abgeordneter **Margulies**
Ist der Herr Bundesaußenminister gewillt, in der nächsten Sitzung des Ministerrates der EWG zu beantragen, die Konsultation des Europäischen Parlaments über das am 20. Dezember 1962 parafierte Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar unverzüglich herbeizuführen, um zu vermeiden, daß bis zur Erledigung des verfassungsmäßigen Einwandes der italienischen Regierung überhaupt keine Weiterbehandlung des Abkommens erfolgt?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VII. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**
Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit für die Rationalisierung des Gebühreneinganges im Bereich der Bundesverwaltung durch die nachdrückliche Empfehlung der Einführung von Registrierbuchungsmaschinen oder von Gebührenstempelmaschinen?

VII. 2. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**
Kann das Bundesinnenministerium nunmehr — entsprechend der Antwort des Herrn Bundesinnenministers in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 9. Mai 1962 — Ergebnisse seiner Bemühungen um das Problem der Altersversorgung der älteren Angestellten des öffentlichen Dienstes vorlegen?

VII. 3. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**
Trifft es zu, daß einer größeren Anzahl von jordanischen Gastarbeitern die Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung in der Bundesrepublik kürzlich entzogen worden ist?

VII. 4. Abgeordneter **Fritsch** *)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung hinsichtlich der Verwendung und Ausrüstung von Hubschraubern beim Bundesgrenzschutz aus dem Unfall zu ziehen, der sich am 18. Februar 1963 zwischen Geraszell und Hötzeldorf im Landkreis Bogen ereignet hat, wobei ein Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes bei Nebel und dichtem Schneetreiben abgestürzt war?

VII. 5. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Hat das Bundesinnenministerium bereits einen Überblick darüber, ob durch die Errichtung von Bundesoberbehörden in seinem Bereich (z. B. Bundesverwaltungsamt etc.) eine wesentliche Vereinfachung des Verwaltungsgangs und eine erhebliche Einsparung an Personal erzielt werden konnte?

VIII Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII. 1. Abgeordneter **Müller-Hermann**

Trifft es zu, daß für die vom Bundestag einstimmig gewünschte Anhebung der Umsatzsteuerrückvergütung für Wasserfahrzeuge bis zur tatsächlichen Vorbelastung entgegen der ursprünglichen Meinung des Bundesfinanzministers, daß für diesen Zweck eine Rechtsverordnung genüge, nunmehr eine gesetzliche Regelung für notwendig erachtet wird?

VIII. 2. Abgeordneter **Müller-Hermann**

Kann die Bundesregierung gegebenenfalls eine Zusage dafür geben, daß ein etwa notwendiges Umsatzsteueränderungsgesetz dem Bundestag so rechtzeitig vorgelegt wird, daß dieser noch vor der Sommerpause das Gesetz verabschieden kann?

VIII. 3. Abgeordneter **Müller-Hermann**

Sieht der Herr Bundesfinanzminister eine Möglichkeit, angesichts der ständig verzögerten Gleichstellung der deutschen Werftindustrie mit ihrer ausländischen Konkurrenz eine Umsatzsteuerrückvergütung für Wasserfahrzeuge rückwirkend für einen Termin vor dem 1. Januar 1963, möglichst mit Wirkung vom 1. Januar 1962 in Kraft zu setzen?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

IX. 1. Abgeordneter **Jacobi (Köln)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bisher vom Saarland belieferte Versorgungsunternehmen des süddeutschen Raumes mit dem Ablauf des Kohlenwirtschaftsjahres (31. März 1963) nur noch zu wesentlich verschlechterten Preisen und Bedingungen mit Gaskohle beliefert werden?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

IX. 2. Abgeordneter **Jacobi (Köln)**

Ist die Bundesregierung der Überzeugung, daß die für das in Frage IX. 1. erwähnte Geschäftsgebaren gegebene Begründung (Rationalisierungsmaßnahmen in Verbindung mit Grubenstillegungen) zutreffend und vertretbar ist?

IX. 3. Abgeordneter **Weigl**

Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit wesentlich niedrigere Bruttopreise der französischen Elektromotorenhersteller auf staatliche Vergünstigungen im Herstellerland zurückzuführen sind?

IX. 4. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**

Aus welchen Gründen werden den Vorlagen der Europäischen Kommission an den Ministerrat, die aufgrund des Ratifikationsgesetzes zu den europäischen Verträgen dem Bundestag vorgelegt werden, die Begründungstexte nicht beigefügt?

IX. 5. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Weiß der Herr Bundeswirtschaftminister, welche Regreßansprüche von der Sowjetunion an mehrere Firmen gestellt wurden, die sich nicht in der Lage sahen, die vertraglich zugesicherten Lieferungen von Röhren an die Sowjetunion zu erfüllen?

IX. 6. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Trifft es zu, daß die bundeseigene Howaldt-Werft spätestens bis zum Frühjahr 1964 rund 3000 Arbeiter entlassen muß, weil sie den bisher größten Nachkriegsauftrag von neun Schiffen mit einer Tonnage von 270 000 t im Wert von 700 Millionen Mark von der Sowjetunion als Regreßmaßnahme für das Röhren-Embargo nicht erhält?

IX. 7. Abgeordneter **Margulies**

Ist der Herr Bundeswirtschaftsminister bereit, durch sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien das Anliegen der niederländischen Regierung zu unterstützen, für Tropenholz und Tee zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des handelspolitischen Teils des Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar eine gemeinsame Regelung der EWG und Großbritanniens herbeizuführen, wie sie in den Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien schon vorbesprochen war, um den europäischen Konflikt möglichst von Afrika und Madagaskar fernzuhalten?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X. 1. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Was gedenkt die Bundesregierung zur Behebung der unzureichenden Verkehrssicherheit der B 5 zwischen Struckum (km 126,1) und Bredstedt (km 129,7) — 23 Verkehrsunfälle im Jahre 1962, davon 4 mit tödlichem Ausgang — zu tun?

X. 2. Abgeordneter **Ertl**

Bis zu welchem Zeitpunkt wird nach den Plänen der Bundesregierung voraussichtlich damit gerechnet werden können, daß alle Autobahnstrecken des Bundesgebietes mit den der Unfallverhütung dienenden Sicherheitsplanken versehen sind?

X. 3. Abgeordneter **Vogt**

Warum wurde entgegen der bisher geltenden Rechtsauffassung, nach der der Bund als Straßenbaulastträger gemäß § 5 FStrG für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen auch die Kosten für an ihnen zu errichtende Verkehrssignalanlagen — Lichtsignalanlagen eingeschlossen — in geschlossener Ortslage anteilig zu tragen hat, neuerdings unter Berufung auf die VO zur Durchführung des Reichspolizeikostengesetzes aus dem Jahre 1940 angeordnet, diese Kosten nicht mehr zu übernehmen?

X. 4. Abgeordneter **Vogt**

Soll diese in Frage X. 3. angeführte Anordnung auch für solche Baumaßnahmen gelten, denen längst abgeschlossene Umbau/Ausbau-Verträge zugrunde liegen und deren Planung genehmigt ist?

X. 5. Abgeordnete **Frau Meermann**

Besteht die Absicht, die derzeitige Maschenweite der Gittertrittbretter an Eisenbahnwagen auch künftig beizubehalten?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XI. 1. Abgeordneter **Lemper**

Beabsichtigt die Bundesregierung die Telefon- und Anschlußgebühren zu erhöhen?

XI. 2. Abgeordneter **Lemper**

Warum werden nicht allen Fernsprechteilnehmern die Vorwahlnummern des gesamten Fernsprechnetzes bekanntgegeben?

XI. 3. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Warum lehnt die Deutsche Bundespost die Forderung der Bundesärztekammer ab, daß in den Telefonbüchern die Namen der niedergelassenen Ärzte durch Fettdruck aus der Menge der übrigen Teilnehmer hervorgehoben werden, wie es z. B. Firmen der gewerblichen Wirtschaft gestattet wird?

XI. 4. Abgeordneter **Dr. Roesch**

Wann errichtet die Deutsche Bundespost auf dem Kreuzeck einen Umsetzer, damit auch die Bewohner von Garmisch-Partenkirchen und des Werdenfelser Landes die Sendungen des Zweiten Fernsehens empfangen können?

Bonn, den 3. Mai 1963